



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

wichtiger als je geworden. Die österreichische Lösung der polnischen Frage ist Deutschland nicht mehr genehm. Die deutschen Kaufleute lenken ihre Blicke zurück zu den Tagen der Hanse, in denen der russische Handel in Nowgorod von den preußischen Städten streng monopolisiert war; sie denken nicht daran, den russischen Handel mit Österreich zu teilen, und bestehen daher darauf, daß Polen in deutschen Händen bleibt. Österreich soll so geschwächt und in eine so untergeordnete Stellung gebracht werden, daß es künftig zu selbständiger Aktion ebenso unfähig wird wie Bayern oder Sachsen.

Deutschland beabsichtigt dazu das allerwirksamste Mittel anzuwenden, die Zollunion. Österreich, auf diese Weise wirtschaftlich an Deutschland gefesselt, wird nicht länger in der Lage sein, eine unabhängige polnische Politik zu treiben. Alle wahren Freunde Polens — und Polen hat mehr falsche als wahre Freunde — müssen sich gefreut haben über die neueste Erklärung der Westmächte, daß sie den Versuch machen wollen, ein unabhängiges Polen mit freiem Ausgang zur See bei Danzig zu schaffen. Gelingt das, so wäre es aus mit dem Papanz Mitteleuropa. Ein unabhängiges und völlig wieder vereinigtcs Polen würde Europa und die Welt von der drohenden preußischen Herr-

schaft befreien. Es würde die baltischen Nationen und vielleicht auch Rußland retten. Böhmen könnte mit einem solchen Nachbarn wieder einmal an seine Freiheit denken und würde sicherlich die Unabhängigkeit Italiens und der Balkanstaaten stützen. Man bedenke, was es für das baltische und östliche Europa bedeuten würde, wenn eine starke freie Nation sich zwischen Deutschland und Rußland einschleibt. Alle Schwärmer für Freiheit und freies Selbstbestimmungsrecht der Nationen würden dabei auf ihre Rechnung kommen. Wir für unser Teil sind für die Wiederaufrichtung Polens aus keinem erhabeneren Grunde, als weil wir sie für ein britisches Interesse halten. Sie würde zur Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts beitragen und die militärische Macht Preußens schwächen, die zum großen Teil auf Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen beruht, und auch Preußens wirtschaftliche Kraft würde in Schlesien und dem Weichseltal getroffen werden. Es würde ein mit dem deutschen rivalisierendes politisches und wirtschaftliches System entstehen. All das liegt im Interesse Großbritanniens, das jetzt von der deutschen Herrschaft und Kontrolle über Europa bedroht wird und jede Waffe gebrauchen sollte, um diese Gefahr zu vermindern.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Herr von Hinzte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.** Herr von Kühlmann hat also doch zurücktreten müssen. Er scheidet weniger infolge seiner persönlichen Differenzen mit der Obersten Heeresleitung, als wegen des allgemeinen Mißtrauens, das seine Haltung seit Brest-Litowsk allenthalben bei den Parteien hervorgerufen hat. An seine Stelle tritt eine Persönlichkeit, die eine gewisse Gewähr dafür zu geben scheint, daß sich nunmehr das Zusammenarbeiten von Armee und Politik reibungslos vollzieht. Herrn von Hinzte begleitet ebenso wie einst Herrn von Kühlmann der Ruf, ein besonders tüchtiger Diplomat zu sein, — als Staatsmann ist er noch nicht

herorgetreten. Wie Herr von Kühlmann i. Zt. hat er eine vertrauende Gefolgschaft hinter sich. Von den politischen Anschauungen des neuen Staatssekretärs zu sprechen, erübrigt sich, da nicht er für die Leitung der auswärtigen Politik verantwortlich ist, sondern der Reichskanzler. Dennoch darf man die Ernennung des Herrn von Hinzte als eine Konsolidierung der Kräfte derjenigen Richtung betrachten, die von der Überzeugung ausgeht, daß England niedergeworfen werden muß, ehe an die Möglichkeit des Friedens gedacht werden kann, ein Standpunkt, den ich hier in Heft 1 u. 26 d. J. nachdrücklich vertreten habe. Wirkungen der Wahl Hinztes sind

zunächst auf dem Gebiet der inneren Politik zu erwarten: von sozialdemokratischer Seite sicher, von freisinniger und erzbergerischer vielleicht werden dem neuen Staatssekretär Schwierigkeiten bereitet werden. Von diesem Gesichtspunkt aus warnte ich vor acht Tagen davor, in diesem Augenblick einen Wechsel im Staatssekretariat vorzunehmen. Die Anforderungen an Herrn von Hünke werden jedenfalls noch höher steigen, wie an seinen Vorgänger. Herr von Hünke wünschen wir deshalb für Berlin dieselben guten Nerven, die er bisher in Petersburg, Mexiko und Christiania in so hohem Maße bewiesen hat. G. Kleinow

**Der Gesandtenmord in Moskau.** Die Scheußlichkeiten dieses Krieges sind um eine neue Gemeinheit vermehrt worden: Gesandtenmord! In Moskau wurde am Sonnabend, den 6. d. M. vormittags der deutsche Botschafter Graf Mirbach in seinem Empfangszimmer in Gegenwart des Geheimrats Dr. Riezler und noch eines Herrn von zwei Individuen durch Revolvergeschüsse und Handgranatentwurf ermordet. Die Mörder entkamen!

Graf Mirbach ist das Opfer der innerpolitischen Kämpfe in Rußland. Die Beziehungen des Gesandten zu den Regierungsvertretern, insbesondere zu Tschitscherin, dem Kommissar der auswärtigen Angelegenheiten, waren gut und wuchsen sich immer mehr zu einem Vertrauensverhältnis aus. Graf Mirbach hat es in hohem Maße verstanden, der Moskauer Regierung Verständnis dafür einzufößen, welchen Nutzen sie und die Entwicklung Nordrußlands unter ihrer Leitung von einer Anlehnung an Deutschland haben werde, und die Haltung der russischen Regierung in allen schwebenden Fragen nahm in letzter Zeit immer mehr den Charakter vertrauensvoller Hinneigung zu uns an. Es hat daher Berechtigung, wenn gefolgert wird, daß der Mord von jener Seite in Szene gesetzt wurde, die der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen nur mit Mißbehagen zusehen konnte, von Seiten der Entente. So angesehen, wäre der Gesandtenmord von Moskau geeignet, ein sehr grelles Licht auf Stimmung und Lage bei unseren Gegnern zu werfen: sähen sie sich nicht dem Zusammenbruch gegenüber, sie könnten als Antwort auf die ver-

föhnliche Haltung der deutschen Diplomatie nicht mit dem furchtbarsten Verbrechen antworten, eben mit Gesandtenmord. Es wäre ein vollständiges *va banque*-Spiel, das sich vor unseren entsetzten Augen entrollt, nur denkbar unter der Voraussetzung, daß die Entente kein ehrliches Kriegsmittel mehr kennt, um ihre Stellung in diesem Ringen zu retten.

Neben einer solchen Auslegung des Mordes und seiner Motive sind aber noch genug Tatsachen vorhanden, die auf näherliegende Ursachen deuten. Der politische Mord ist die übliche Reaktion der Russen gegen Druck von oben. Die Regierung der Bolschewiki hat mit denselben und härteren Mitteln versucht, die Ordnung in Rußland wieder herzustellen, wie die gestürzte Regierung des Zaren. Täglich fallen die Opfer der maximalistischen Regierungsmethoden, und nach Tausenden sind die Todesurteile zu beziffern, die ohne ordentliche Gerichte, ohne sorgfältige Voruntersuchung, ohne ordentlichen Spruch, vielfach auf unbewiesene Denunziationen hin, gefällt wurden. Daneben gedeiht das Bestechungsunwesen unverhüllt denn je, und die Ausplünderung der Gegner der Regierung hat einen Umfang und Formen angenommen, wie sie vielleicht in den orientalischen Staaten früherer Jahrhunderte geblüht haben mögen. Vor einigen Wochen erfolgte seit Jahren der erste terroristische Akt im neuen Rußland durch die Ermordung des Petersburger Pressekommissars, der die bürgerliche Presse in unbegrenzter Nichtachtung jeden Gesetzes drangsalierte. Die deutsche Presse hat von jenem Vorgange nur wenig Vermerk genommen.

Gewiß, es war ein blutiges Opfer mehr in diesem Kriege! aber es war doch mehr: es war das Zeichen zur Rückkehr der russischen Gesellschaft zum Terror, von dem man sich nach der Ermordung Plewes abgefaßt hatte. Das zweite Opfer ist nun unser Gesandter, als Vertreter der Macht, die als die stärkste moralische Stütze der maximalistischen Regierung gilt. Ich fürchte, nach dem geglückten Attentat werden weitere folgen, und sie werden sich ebenso gegen die Sowjetleute wie gegen deren augenscheinliche Bundesgenossen, die deutschen Regierungsvertreter richten. Auf

diese Möglichkeit deutet auch der Umstand hin, daß die beiden Mörder in ein von Sozialrevolutionären besetztes und mit Maschinengewehren verteidigtes Haus geflüchtet sind.

Ob nach Lage der Dinge diese Entwicklung in Rußland den Ententeregierungen willkommen sein kann, mag dahin gestellt bleiben; jedenfalls wäre es von ihrem Standpunkt aus fehlerhaft, wenn sie sie nicht nützen wollten.

Eine wesentlich neue politische Situation wird durch die Ermordung für uns nicht geschaffen. Die Frage, ob wir ernstlich die maximalistische Regierung stützen wollen, schält sich nur schärfer umrissen aus dem ganzen Fragenkomplex im Ofen hervor. Ich halte ja unsere Freundschaft mit den gegenwärtig regierenden Herren für unnatürlich, und ich denke mir, daß sie in dem Augenblick aufhört, wo eine andere Regierung an ihre Stelle tritt. Zu Gunsten einer der uns im innern ihrer Seele feindlichen Parteien, seien es Sozialrevolutionäre oder Kadetten, zu intervenieren, haben wir jedenfalls keinen Anlaß.

G. Kleinow

**Politische Geschichtsfälschungen.** Es ist eine traurige, aber wahre Beobachtung, daß Beharrlichkeit auch für schlechte Zwecke zum Ziele führt. Wie die Hexpropaganda der Entente durch planmäßiges Trommelfeuere das Publikum in den eigenen und zum Teil auch in den neutralen Staaten mürbe und gläubig macht, davon weiß ein Lied zu singen, wer sich mit dieser trüben Materie auch nur flüchtig beschäftigt hat. Der Hydra der Verleumdung wachsen stets neue Köpfe, wieviele man ihr herunterschlagen mag. Leider ist auch unser innerpolitisches Leben von dergleichen Erscheinungen nicht frei, und die Entwicklung von der Erfindung und Legende von heute zur Tatsache von morgen nur eine Frage der Zeit und — des Holzpapiers. Aber vielleicht ist die Abwehr hier leichter, wenn sie früh genug einsetzt, weil die öffentliche Meinung im allgemeinen ehrlicher Belehrung zugänglicher erscheint als im Auslande. In diesem Sinne soll Protest eingelegt werden gegen die bedenkenlose Art (wir vermeiden schärfere Worte), wie ein Teil der Presse die parlamentarischen Vorgänge anläßlich des Antrages Hagemeister beleuchtet und ortdauernd aus ihnen Kapital schlägt.

Es handelte sich dabei bekanntlich um die Gewährung einer Zusatzstimme an die Kriegsteilnehmer, die im letzten Augenblick (kurz vor der vierten Lesung der Wahlrechtsvorlage) von der Linken aufs Tapet gebracht wurde. Der Antrag war — das ist sogar von liberaler Seite zugegeben worden — von vornherein als eine Falle für die Kompromißparteien gedacht und nicht (oder nicht nur) aus sachlichen, sondern aus parteitaktischen Gründen gestellt. Deshalb hatte man in ihm die Zusatzstimme für Kriegsteilnehmer mit einer solchen für die Besitzer eines selbständigen Hausstandes und einer abgewandten „Tüchtigkeits“-Stimme verkoppelt, und zwar unter Ausschluß getrennter Abstimmung, zu welcher Klausel die Antragsteller nach der Geschäftsordnung berechtigt waren. Der freikonservative Abgeordnete Dr. Arendt betonte, und der Präsident Graf Schwerin-Löwitz stellte im Anschluß hieran ausdrücklich fest, daß die Antragsteller zu einer Einzelabstimmung nicht bereit waren. Damit entfiel für den Sozialdemokraten Hirsch jede Berechtigung zu seiner Behauptung, daß die Rechte es in der Hand gehabt habe, getrennte Abstimmung über den Antrag vornehmen zu lassen. Und seine pathetischen Drohungen, die Entrüstung ins Volk zu tragen, das bigotte Augenverdrehen über ein „Spiel“ mit den Rechten der Kriegsteilnehmer enthüllen sich als übelste Demagogie. (Zu den widerlichsten Erscheinungen der Tagespolitik gehört das Hineinzerren unserer Feldgrauen in den Kampf der Parteien. Unser Volksherr sollte zu heilig sein, um als politische Handelsware gemarktet zu werden!) Wie soll man aber vollends das Verhalten des „Vorwärts“ bezeichnen, der zwar die Anwürfe seines Parteivertreters in aller Ausführlichkeit abdruckt, dagegen die Rede des Abgeordneten Arendt und die formelle Feststellung des Präsidenten unterdrückt. (!) Es ist ja nur zu bekannt, welch höchst einseitiges Bild unsere Tageszeitungen je nach ihrer politischen Observanz dem Leser von den parlamentarischen Verhandlungen übermitteln, aber bis zur offenbaren Fälschung durch Auslassung sollten sich doch diese Methoden nicht verirren dürfen! Nun ließe es sich ja noch zur Not ertragen, wenn die Sache mit der einmaligen Bericht-

erstattung abgetan wäre. Unsere Zeit lebt so rasch, daß jede neue Zeitungsnummer die Erinnerung an ihre Vorgängerin im Hirn des Durchschnittslesers auszulöschen pflegt. Um das aber zu verhindern, setzt gerade jene Beharrlichkeit des stetig höhenden Tropfens ein, von der wir im Anfange sprachen. Denn nachdem einmal durch strupellose Fälschung der Boden vorbereitet ist, wird keine Gelegenheit vorübergelassen, das Samenkorn der Legende zur robusten Pflanze eines historisch-politischen Faktums zu entwickeln. Auch hier geht die Spekulation auf das kurze Gedächtnis der Mitwelt nicht fehl. Wer hat nach einer Woche noch die Einzelheiten des parlamentarischen Vorganges bei der Hand, um dem dreiften Fälscher in die Parade zu fahren! Also nur immer kühn drauf los geschmäht, es bleibt nicht nur „etwas“, sondern das ganze Lügengewebe an den Wesselschuldrücken „hängen“. So wetteifern denn Blätter wie der „Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“ im edlen Verein, bei jedem sich bietenden Anlaß den angeblich kriegsteilnehmerfeindlichen Wahlrechtsgegnern einzuszujucken. Wie bei der Forderung des gleichen Wahlrechtes überhaupt der Appell an die Gleichheit „vor der Granate“, so bietet dieser besondere Fall eine glänzende Gelegenheit, an der warmen Flamme des Gefühls für unser kämpfendes Volk, die Parteisuppen zu kochen. So zieht man denn in rührender Teilnahme für unsere Helden an der Front gegen die bösen „Wahlrechtsverschwörer“ vom Leder, die zwar das weiteste Herz für eine Besserstellung der Kriegsgewinnler und Kriegsteilnehmer haben, das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer dagegen „schlankweg“ ablehnen (Vorwärts); oder man veröffentlicht eine Proskriptionsliste derjenigen Abgeordneten, die gegen den Antrag Hagemeister gestimmt haben, wobei besondere „Lieblinge“ gesperrt gedruckt werden, um den Wählern die Namen jener

Männer einzuprägen, die „allen möglichen Leuten Mehrstimmen gewähren wollen, sie aber den Kriegsteilnehmern versagten.“ (Berl. Tageblatt.) Man sieht, die weiche Masse der Legende ist bereits zur historischen Tatsache erstarrt. Lustig wird die Sache (wenn sie nicht so traurig wäre), sobald man sich in die Defensivse gedrängt fühlt. Da haben diese „Wahlrechtsverschwörer“ den unangenehmen Einfall gehabt, den Kriegsteilnehmern, deren Zusatzstimme sie vor der Hand, wie die Dinge lagen, ablehnen mußten, auf andere Weise entgegenzukommen. Die Konservativen beantragten für sie Steuererleichterungen und Darlehen zum Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit, ähnliche Erleichterungen schlugen auch die Rationalliberalen um Fuhrmann vor. Was aber sagt der „Vorwärts“ dazu: „Es ist unschwer zu erraten, daß diese Anträge nur aus agitatorischen Gründen gestellt sind; sie gehen von denselben Parteien aus, die das gleiche Wahlrecht und die Zusatzstimme für die Kriegsteilnehmer abgelehnt haben und die sich nun offenbar bei den Kriegsteilnehmern wieder in empfehlende Erinnerung bringen wollen.“ Nach altem Spruche ist im Handeln des Menschen „ein bißel Falschheit allweil dabei“; der politische Mensch scheint die Falschheit selber zu sein, wenn man ihn im Spiegel seines Parteigegegners erblickt. Im übrigen: „nur aus agitatorischen Gründen“ . . . über die fromme Linke, deren Handlungen nie von solchen Motiven verdunkelt werden! Es ist wirklich schwer, in rebus politicis „satiram non scribere“.

Solche Fälle, wie der eben geschilderte, gehören leider nicht zu den Seltenheiten unseres politischen Lebens, wenn sie auch zum Glück nicht immer so weitreichende Folgen zeitigen können, wie die Heglegende von der kriegsteilnehmerfeindlichen Haltung der Kompromißparteien.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.  
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Vichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.  
Bernsprecher des Herausgebers: Amt Vichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.  
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.  
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dossauer Straße 36/37.